

Familienbund kritisiert Familienleistungsgesetz als unzureichend Kinderfreibetrag und Kindergeld müssen um 18 Prozent steigen

Der Familienbund der Katholiken hat das heute im Bundestag in erster Lesung beratene Familienleistungsgesetz als unzureichend kritisiert. „Die geplanten Erhöhungen des Kinderfreibetrages und des Kindergeldes sind viel zu gering, um das Existenzminimum von Kindern wirklich steuerfrei zu stellen. Der Beschluss kommt deshalb einer verdeckten Steuererhöhung für Familien gleich“, sagte die Präsidentin des Familienbundes, Elisabeth Bußmann, heute in Berlin.

Eltern müssen heute nach Berechnungen des Familienbundes für den Mindestlebensunterhalt ihrer Kinder etwa 18 Prozent mehr bezahlen als im Jahr 2002, als Kindergeld und Kinderfreibetrag zuletzt erhöht worden waren. Der Familienbund fordert deshalb, den Kinderfreibetrag zum 1. Januar 2009 um rund 1000 Euro auf 6829 Euro anzuheben und das Kindergeld um 28 Euro für das erste bis dritte und 32 Euro für jedes weitere Kind zu erhöhen. Langfristig setzt sich der größte deutsche Familienverband für einen einheitlichen Steuerfreibetrag von Erwachsenen und Kindern in Höhe 8000 Euro und ein Kindergeld in Höhe von 300 Euro ein.

*Der Familienbund der Katholiken ist der mitgliederstärkste Familienverband Deutschlands.
Ihm gehören 25 Diözesan-, 10 Landes- sowie 15 Mitgliedsverbände an.*

